14. Februar 2019

Stadtverordneter Andreas Ernst

Vorlage Nr. 101.18.1234

Maßnahmen gegen Genitalverstümmelung

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird gebeten, über die Maßnahmen, die in der Stadt Kassel gegen die Genitalverstümmelung an Mädchen und Frauen ergriffen werden sowie Prävention und Information, im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten. Dazu sollen Vertreter/innen des Jugendamtes, Gesundheitsamtes und die Frauenbeauftragte eingeladen werden. Darüber hinaus soll auch die externe Institution 1. Mädchenhaus Kassel 1992 e.V. eingeladen werden.

Begründung:

Die Genitalverstümmelung ist in Deutschland strafbar, deshalb muss es dementsprechend strafrechtlich verfolgt werden. Dazu gehört im Vorfeld auch die notwendige Aufklärungsarbeit gegenüber den betroffenen Ethnien, dass diese angebliche Tradition in Deutschland nicht geduldet wird. Diese Gebräuche, die in einigen Ländern der Welt praktiziert werden, betrifft auch die hier in Kassel lebenden Mädchen und Frauen, die aus den entsprechenden Ländern stammen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sabine Wurst

Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender SPD

Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Andreas Ernst
Stadtverordneter